

AL Kaminski führt aus, dass es im Wesentlichen um die Verhinderung von Hochspannungsleitungstrassen geht, die die Planung des JadeWeserPortes beeinträchtigen könnten. Eine Erdverkabelung ist technisch machbar und finanziell tragbar.

BM Böhling sagt zu, dass er als Vertreter im Niedersächsischen Städte- u. Gemeindebund auf Bezirksebene insbesondere eine weitere Störung des Landschaftsbildes verhindern will.

Die beschlossene Forderung wird an die Bezirksregierung weitergeleitet.

**Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:**

Das von der Berliner Windland GmbH angestrebte Raumordnungsverfahren für die Stromdurchleitung von Offshore-Strom im Festlandbereich ist zurückzustellen, bis eine Koordination aller beim Bundesamt für Seeschifffahrt beantragten Offshore-Windenergieanlagen erfolgt ist. Das Ergebnis der DENA-Studie ist abzuwarten.